Nummer 100 — Halle, Montag, den 30. April 1923 — 58. Jahrgang

Einzelpreis: 150,00 Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Werktag nachmittags. Die Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land 3400.00 Mark, durch die Post frei zugestellt im Monat Mai Mark 3500.00, in den Zweigstellen abgeholt Mark 3300.00 monatlich. Die achtgespaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Ortsverkehr Mark 120.00, im auswärtigen Verkehr Mark 150.00. Reklamen die Millimeter-Zeile 1 mal Mark 400.00 im Ortsverkehr und Mark 500.00 im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags.

Geschäfts-Stelle: Halle a. S., Neue Promenade 10 und Geiseltalstraße 17. Fernsprecher-Hauptanschluß: Sammel-Nummern 7431. Telegramm-Adresse: Saalezeitung Halle-Saale. Bank-Konto: Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Drahtanschrift: Saalezeitung Halle-Saale. Bank-Rechnung: Landhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig 22815. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugsbestellungen sind stets nur bis zum 20. eines Monats zum Schluß des laufenden Monats möglich.

Paul Theuring
Rohprodukten-Gesellschaft m. b. H.,
Triftstraße 24, sowie die bekannten
Filzsohlen kaufen und zahlen ständig
Tagespreis für alle Rohprodukte.

Mittwoch Ueberreichung der deutschen Vorschläge

Stillegung der Kokereien als deutsche Abwehraktion / Französische Ueberfälle auf Post und Zechen / Spannung zwischen Türken und Franzosen / Krisenluft in Bayern.

Vor der Antwort an Courzon.

Berlin, 30. April. (Eig. Drahtmeldung.) Die deutsche Antwort auf die Curzonrede dürfte voraussichtlich in der Nacht zum Mittwoch abgesandt werden, und zwar soll sie gleichzeitig in London, Paris, Rom und Brüssel übergeben sowie in Washington zur Kenntnis gebracht werden. Die Veröffentlichung der Note in Berlin ist vor Mittwoch abend zu erwarten. Die Reichsregierung hat in mehrfachen Besprechungen innerhalb der zuständigen Ressorts im allgemeinen den Inhalt der Note festgestellt. Entgegen den ursprünglichen Festsetzungen werden die Führer der Reichstagsfraktionen und die Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten der Länder in aufeinanderfolgenden Konferenzen beim Reichskanzler über den Inhalt der Note erst am Dienstag nachmittag unterrichtet. Bis zum Termin der Veröffentlichung sind nur direkt mit der Note befaßte Beamte über den Inhalt unterrichtet, so daß vor sämtlichen Mitteilungen über den Inhalt der Note gewarnt werden muß, zumal die französische Regierung das größte Interesse dafür zeigt, vorher über den Inhalt unterrichtet zu werden oder zum mindesten vorher gegen den Inhalt der Note die übliche Propaganda zu entfalten.

*

Paris, 30. April. (Eig. Drahtmeldung.) In Erwartung der deutschen Vorschläge ist die Pariser Presse durchaus schweigsam geworden. Abgesehen vom „Petit Parisien" begnügen sich die meisten Blätter mit der Wiedergabe Berliner Meldungen. Der „Petit Parisien" schreibt: „Das Schwanken unter den deutschen Führern der Industrie- und Finanzwelt in Berlin kann die Pariser und Brüsseler Regierung nur dazu ermutigen, ihren Druck verstärkt fortzusetzen." Die Essener Mitteilung, wonach Deutschland die Politik des Widerstandes fortsetzen werde, wird von einigen Blättern mit einer Aeußerung des „Vorwärts" verglichen: „Es kann im Ruhrgebiet während der Verhandlungen mit Zustimmung der Bevölkerung eine Art Waffenstillstand abgeschlossen werden." Man zweifelt auf Grund dieser „Vorwärts"-Meldung die Entschlossenheit des Berliner Kabinetts an, in dem passiven Widerstand zu verharren.

In der „Information" heißt es: „Das Reich ist im Begriffe, Angebote zu machen. Eine offiziöse in Essen veröffentlichte Note verkündet, daß die Widerstandspolitik keine Aenderung erfahre. Andererseits wollen die Industriellen so wenig wie nur möglich riskieren. Wie kann das Kabinett Cuno unter diesen Umständen an eine Lösung des Reparationsproblems denken?" Das Blatt schließt seinen Aufsatz mit den Worten: „Es ist gewiß, daß, je später man die Besprechungen wieder aufnimmt, Deutschland desto mehr verarmt sein wird, und es wird sich zuletzt mit leeren Händen und mit leerer Kasse einfinden. Diese Art, Verhandlungen zu verschleppen, ist zurzeit für Berlin viel ernster als für Paris oder Brüssel."

London, 30. April. (Eig. Drahtmeldung.) Die beiden der Regierung nahestehenden Blätter „Daily Telegraph" und „Times" setzen auseinander, daß Poincaré aus innenpolitischen Gründen in der französischen Presse sofortige Ablehnung der deutschen Vorschläge befürworten lasse, weil er befürchte, sonst nicht die Geschlossenheit der französischen Parteien aufrechterhalten zu können. Denn im Falle von Verhandlungen würde sich die Mehrheit sogleich spalten. Frankreich fürchte, so schreibt der Pariser Berichterstatter der „Times", daß die deutschen Vorschläge auch dann, wenn sie abgelehnt werden müßten, eine Bewegung zugunsten Deutschlands innerhalb und außerhalb Frankreichs auslösen würden. Frankreich versuche daher jetzt schon eine ungünstige Stimmung gegen Deutschland hervorzurufen. Sollte es sich zeigen, daß Frankreich die deutsche Note doch erörtern könnte, so sei der Weg dazu nicht verschlossen. Auf alle Fälle wolle Frankreich möglichst umgehend antworten und Beschlüsse und Beratungen der anderen Alliierten durch eine offizielle Feststellung zuvorkommen.

Stillegung der Kokereien im Ruhrgebiet.

Essen, 29. April. (Eig. Drahtmeldung.) In Abwehr der Eingriffe der Franzosen und Belgier in die Kokslager hat der Ruhrberghau alle Kokereien stillgelegt mit Ausnahme derjenigen, deren Produktion unmittelbar an deutsche Verbraucher übergeht. Die Koksproduktion ist infolgedessen auf weniger als den fünften Teil herabgesunken.

Neue Skandal-Urteile.

Köln, 29. April. (Eig. Drahtmeldung.) Das französische Kriegsgericht, verurteilte den Oberbürgermeister Dr. Falk zu drei Jahren Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe. Dr. Falk, der erst seit dem 20. Februar sein Bonner Amt führt, und am 27. März verhaftet worden ist, wird dafür verantwortlich gemacht, daß das städtische Presseamt den Zeitungen einen Bericht über die Verhaftung des Beigeordneten Sieberger und über die Beschlagnahme von städtischen Diensträumen gegeben hat. Im Zusammenhang mit angeblichen Sabotageakten an der Trierer Bahn wurden der Bürgermeister von Winningen und der Ortsvorsteher von Güls verhaftet und in das Koblenzer Militärgefängnis gebracht. Von dem Militärpolizeigericht in Castrop wurde Oberleutnant von Forell von der Schutzpolizei in Münster wegen Eintritts in das besetzte Gebiet trotz Ausweisung und wegen eines falschen Passes zu einem Jahr Gefängnis und einer Million Geldstrafe verurteilt. In Gladbeck sind heute vormittag von Berlin nach Gladbeck versetzte Polizeibeamte und drei Beamte der Kommunalpolizei von den Franzosen verhaftet worden. Vorher verhafteten die Franzosen den Regierungsassessor Schmidt vom Landratsamt in Hattingen. Weiter wurde eine ganze Reihe von Zoll-, Post- und Eisenbahnbeamten unter den verschiedensten Vorwänden verhaftet.

*

In Bocholt-Wesel, dicht am Uebergang der Bahnlinie Wesel-Friedrichsfeld, kam es in der Nacht vom 25. zum 26. April zu einer Schießerei, in deren Verlauf zwei belgische Soldaten schwer verletzt wurden. Einer von ihnen erlag am 26. April bereits seinen Verletzungen. Als Täter kommen nach polizeilichen Feststellungen belgische Schmuggler in Frage. Aus Anlaß dieses Zwischenfalles ist über sieben Gemeinden der verschärfte Belagerungszustand verhängt worden.

Beschlagnahme der deutschen Post.

Paris, 30. April. (Eig. Drahtmeldung.) Die französischen Behörden in Düsseldorf haben mehrere für Deutschland bestimmte Postsäcke zurückgehalten als Repressalie für die angebliche Beschlagnahme von aus Deutschland kommenden Korrespondenzen an Franzosen des besetzten Gebietes.

*

Der Wiederherstellungsausschuß hat vorgestern vormittag eine Sitzung abgehalten, in der er nach dem ausgegebenen Bericht den gegenwärtigen Stand der deutschen Gesetzgebung und Ordnung über die Bestimmungen zwischen den deutschen Ausgleichsämtern und den deutschen Staatsangehörigen zur Kenntnis nahm. Unter Bestätigung seiner am 1. November der deutschen Regierung gegenüber erhobenen Einwendungen hat der Ausschuß diese aufgefordert, die Reglementierung dahin abzuändern, daß der deutsche Staatsschatz von den ihm auferlegten Verpflichtungen entlastet werde. Ferner nahm die Kommission ein zwischen Polen und Deutschland geschlossenes Subventionsabkommen zur Kenntnis.

Die Franzosen in Rotthausen.

Gelsenkirchen, 30. April. (Eig. Drahtmeldung.) Gestern nachmittag kurz nach 2 Uhr wurden von einer französischen Truppe, bestehend aus einer Kompagnie Infanterie, einer Schwadron Kavallerie, drei Panzerautos, drei Tanks und Flugzeugen, die Kokis- und Kokshalden der Zechenanlage 2 bis 4 der Bergwerks-A.-G. Dahlbusch in Rotthausen und der Bahnhof Rotthausen sowie die dazu gehörigen Stellwerke bis zur Grenze zum Hauptbahnhof Gelsenkirchen besetzt. Die Staatsbahngleise in der Richtung Gelsenkirchen wurden mehrere Meter aufgerissen. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß sich die Franzosen auf eine dauernde Besetzung des Bahnhofes einrichten. Die Belegschaft aller Schachtanlagen von Dahlbusch wird sofort in einen ununterbrochenen Proteststreik eintreten.

Am Sonntag wurde aus Gelsenkirchen ferner gemeldet: Der heutige Tag stand im Zeichen neuer Zechenbesetzungen. Heute morgen wurden die zwischen Gelsenkirchen und Gladbeck gelegenen Schachtanlagen I/II der Zeche Graf Moltke (Phönixkonzern) von einer starken belgischen Truppenabteilung besetzt. Die Zeche besitzt keine Kokerei, sondern befaßt sich lediglich mit Kohlenproduktion. Die Belegschaft legte sofort die Arbeit nieder. Man nimmt an, daß diese neuen Zechenbesetzungen den Anfang zu einem Generalvorstoß gegen das Gelsenkirchener Revier bedeuten.

Der „Figaro" erfährt aus Düsseldorf: General Degoutte hat eine Verfügung erlassen, wodurch Koksmengen oder die Nebenerzeugnisse der Steinkohlen im besetzten Gebiet zugunsten der Verbündeten beschlagnahmt werden. Die für die Ausbeutung der Bergwerke verantwortlichen Direktoren haben eine Geldstrafe von wenigstens 10 Millionen Mark und eine Gefängnisstrafe die bis zu 10 Jahren gehen kann, verwirkt, wenn Kohlenvorräte teilweise oder auch ganz fortgeschafft werden oder die Qualität der Kohlen willkürlich vermindert wird. Geld- und Gefängnisstrafen sind auch gegen Personen vorgesehen, die sich der Militärstrafe schuldig machen.

Ein französisches Geständnis.

Metz, 30. April. (Eig. Drahtmeldung.) Der Präsident des Comité des Forges Wendel hielt in der Mainzer Handelskammer vor einer Ingenieurversammlung eine Rede über den Ruhrkonflikt. Er erklärte, daß die Produktionsfähigkeit der lothringischen Hütten gegenwärtig infolge des Ruhrkonfliktes stark eingeschränkt worden sei. Drei Viertel der Hochöfen, die letztes Jahr im Betriebe waren, mußten ausgelöscht werden, und nur noch ein Fünftel bis ein Viertel der im letzten Jahre behandelten Erze würden heute verarbeitet. Die Industrie hätte, außerdem große Geldopfer für die Arbeitslosenunterstützung bringen müssen. Der letzte von Deutschland angestiftete (?) Kohlenstreik hätte beträchtliche Verluste für die Industrie im Gefolge gehabt. Die lothringischen Industriellen hätten bis jetzt aber nicht die Staatshilfe angerufen, wie es die Ruhrindustriellen getan hätten. Es sei falsch, wenn gesagt werde, die französischen Großindustriellen hätten die Besetzung der Ruhr verlangt, um die deutsche Konkurrenz auszuschalten. Die lothringische Industrie sei im Gegenteil weder betragt noch von der Besetzung der Ruhr von vornherein verständigt worden. Da Frankreich ein Ackerbau treibendes Land sei, könne es lange durchhalten, länger als Deutschland, und es werde den Sieg davontragen.

Neue Belastung des Zeitungsgewerbes. Nach langen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Papierfabrikanten und der Zeitungsverleger im Reichswirtschaftsministerium über den Papierpreis für Monat Mai hat das Reichswirtschaftsministerium, wie uns telegraphisch aus Berlin gemeldet wird, einer Erhöhung des Papierpreises auf 1550 M. pro Kilogramm zugestimmt, worauf eine noch nicht festnormierte Rückvergütung von 150 bis 180 M. anzurechnen ist. Es muß abgewartet werden, wie die Papierfabrikanten diese Preiserhöhung für Druckpapier, die den Zeitungs- und Buchdruckgewerbe neue Lasten aufbürdet, begründen werden.

Neue politische Morde in Barcelona. „Havas" meldet aus Barcelona, daß es von neuem zu zwei Attentaten auf öffentlicher Straße gekommen ist. Ein früherer Präsident des sogenannten roten Syndikats und ein Bankbeamter, der ebenfalls einem extremistischen Syndikat angehörte, sind auf offener Straße durch Revolverschüsse getötet worden.

Krieg in Lausanne.

Konzessionen, Eisenbahnen und Gräber.

Aus Lausanne schreibt uns unser Sonderberichterstatter: Was hat die neue Orientkonferenz mit dem Ruhrkonflikt zu tun? Scheinbar nichts, in Wahrheit sehr viel. Seitdem die Frage über den Besitz von Mossul aus dem Friedensvertrag ausgeschaltet und einer späteren unmittelbaren Uebereinkunft zwischen England und der Türkei vorbehalten ist, traten die englischen Interessen stark hinter die französischen zurück, denn Frankreich ist von jeher weit mehr als andere Staaten finanziell in der Türkei engagiert. Aber die „dicke Freundschaft" Frankreichs mit den Türken besteht nicht mehr. Sie ist schon am Ende der ersten Lausanner Tagung in die Brüche gegangen. Kemal Pascha brüskiert heute in Konstantinopel ungeniert den französischen Konsul, und hier in Lausanne sprechen englische und amerikanische Beobachter offen aus, sie hätten das Gefühl, als wolle es der französische Vertreter auf einen neuen Krach ankommen lassen, um plötzlich mit den Griechen, also den „Besiegten", zusammen gegen die Türkei Front zu machen. Durch eine solche antitürkische Schwenkung sucht sich Poincaré einen Ausweg offen zu halten, falls der Ruhrkonflikt einen ungünstigen Abschluß für Frankreich findet. Diese unterirdischen Pläne werden natürlich von französischer Seite lebhaft bestritten, aber schon durch seinen Widerstand und seine Quertreibereien gegen die vielgenannte englische Chesterkonzession verrät Frankreich, daß es der englischen Diplomatie in Lausanne noch recht viel Schwierigkeiten zu machen und die Verbindungsknoten zwischen Orientfrage und Ruhrproblem noch fester zu flechten wünscht.

Einigkeit besteht zwischen den Verbündeten bis jetzt nur noch in der Frage der Kapitulationen. England, Frankreich und Italien sind bereit, den Forderungen der Türkei zuzustimmen, daß die Kapitulationen endgültig und durch den jetzigen Vertrag abgeschafft werden und daß dabei nichts mehr auf die lange Bank geschoben wird. Es ist das eben eine politische Frage, über die man leichter einig wird, weil sie den Geldbeutel nicht berührt. Aber die wirtschaftlichen Bestimmungen! Vor allem die Konzessionen! Die Verhandlungen darüber werden nur scheinbar erleichtert dadurch, daß die Verbündeten ihre Staatsangehörigen aufgefordert haben, wegen der Konzessionen unmittelbar mit der türkischen Regierung zu verhandeln. Die Sache hat aber einen Haken, deutlicher: Den Türken ist wieder mal eine Falle gestellt. Führen nämlich die Verhandlungen der türkischen Regierung mit den Konzessionsinhabern „innerhalb nützlicher Frist", soll heißen, noch vor Ende der jetzigen zweiten Konferenz zu einem befriedigenden Ergebnis, so ist die Sache gut, d. h. so erübrigt sich die Aufnahme der näheren Bestimmungen, wie sie im bisherigen Entwurf vorhanden sind, in den Vertrag, und „der Abschluß des Friedens erscheint dann sehr erleichtert". Wird man privatim nicht fertig und einig, so diktiert die alliierte Diplomatie die Paragraphen in den Vertrag. Man nimmt hier mit der einen Hand, was man der anderen gegeben. Die türkische Regierung besitzt nun mal nicht den Beamtenapparat, um in Kürze die vielen Konzessionen zu prüfen, die von allen Seiten in allen möglichen und unmöglichen Gegenden angemeldet sind und für die meist die Akten, ja die einfachsten Anhaltspunkte fehlen.

Und immer ist es Frankreich, das einen besonderen Druck ausübt und sozusagen noch Krieg führt. Krieg in der Türkei gegen alles, was dort einmal — deutsch war. Vor allem gegen die Eisenbahnen. Die wichtigste Eisenbahn der Türkei, die Anatolische, ist bekanntlich fast ganz mit deutschem Gelde gebaut worden. Frankreich verlangt in seiner unersättlichen Ausrottungssucht jeglichen deutschen Einflusses in der Welt, daß die Türkei „Herr ihrer Bahnen sei", d. h. derjenigen, bei der nicht etwa alliiertes Kapital überwiegt. Innerhalb eines Jahres soll jede Spur deutscher Kulturarbeit, soweit sie sich finanziell ausspricht, getilgt sein. Wie soll aber die Türkei binnen eines Jahres die Millionen zum Rückkauf aufbringen? Die Verbündeten wollen ihr das Geld vorstrecken, verlangen jedoch, daß die von den Deutschen zurückgekauften Bahnen so lange, bis das Geld zurückgezahlt ist, einer Verwaltung unterstehen, die sich aus gleichen Teilen aus Engländern, Franzosen und Italienern zusammensetzt. Die Türken ständen also in der Verwaltung ihrer „Staatsbahnen" den Verbündeten im Verhältnis von einem gegen drei gegenüber. Kann man es verstehen, wenn Ismet Pascha auf solche Zumutungen nicht eingehen will? Begreift man jetzt auch, daß sie in der Türkei in allen Fragen, die Deutschland betreffen, die alte Liebe aus dem Weltkriege regt? Die Türkei traut den Verbündeten nicht, am wenigsten den Franzosen mehr. Die Verbündeten greifen nach den ehemals deutschen Bahnen, sie greifen auch nach den Gräberfeldern von Gallipoli, um sie zu militärischen Zwecken zu mißbrauchen. Erinnerungen tauchen auf, die eine stumme, aber warnende Sprache reden. Bancos Geist an den Sitzungstischen von Lausanne! Die Türken werden auf der Hut sein!

Die Franzosen in Syrien.

Paris, 30. April. (Eig. Drahtmeldung.) Einer Meldung des „Petit Parisien" zufolge wird General Wengand sich Donnerstag nach Beirut einschiffen. Von dort aus begibt sich der neue Oberkommissar sofort nach Nordsyrien, um Grenzschutzmaßnahmen zu ergreifen. Wenn die Haltung der Türken es notwendig macht, würde die französische Regierung die Ueberführung zweier Kolonialdivisionen nach der Levante anordnen. Die französische Truppenstärke in Syrien beträgt zurzeit 26 000 Mann, doch beliebt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230430012/fragment/page=0001

wenig zu der Annahme, daß die türkische Truppenbewegung den Auftakt einer gegen Frankreich gerichteten Aktion darstellt.

*

Lausanne, 30. April. (Eig. Drahtmeldung.) Es gehen Gerüchte um, wonach die Türken an der syrischen Grenze starke Truppenkräfte konzentriert hätten. Diese bereits seit längerer Zeit umgehenden Gerüchte hätten sich derart verstärkt, und ihre Bestätigung in Nachrichten gefunden, wonach die Pariser Regierung in Toulon ein Geschwader von Kriegsschiffen versammele, das jeden Augenblick zur Aussahrt nach den türkischen Gewässern bereit stehe. Einer Londoner Meldung des „Matin" zufolge hatte die türkische Regierung von ihrem Vertreter in München Mitteilung erhalten, daß zahlreiche ehemalige deutsche Soldaten um Einstellung in das türkische Heer für den Fall einkommen, daß die Türkei Frankreich in Syrien bekämpfen werde. (Auch in dieser Londoner Meldung des Pariser Hetzblattes ist die Absicht zu erkennen, in der übrigen Welt den Eindruck einer in Deutschland bestehenden „Revanchebewegung" zu verstärken.)

Der Mairummel in München.

München, 30. April. (Eig. Drahtmeldung.) Die Meldungen über Unruhen am 1. Mai beruhen zunächst nur auf reinen Kombinationen und sind zum Teil auf die Vorkommnisse der letzten Tage sowie auf das Verbot des am 1. Mai von den Sozialdemokraten gemeinsam mit den Kommunisten geplanten Massenzuges zur Theresienwiese zurückzuführen. Dagegen wurde den Gewerkschaften wie früher gestattet, von ihren Parteilokalen aus in kleineren Gruppen unter Vermeidung des Baumkreises des Landtages zur Theresienwiese zu ziehen. Das Verbot hat unter den Sozialisten große Erregung hervorgerufen, die von Berlin aus noch geschürt wird. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Sozialdemokraten und die Kommunisten unter Berufung auf das nationalistische Verhalten während des Ausnahmezustandes sich um dieses Verbot nicht kümmern, und daß dadurch nicht vorauszusehende Folgen entstehen. Daß sich Hitler gerade den 1. Mai zu Gewalttätigkeiten aussuchen sollte, ist dagegen weniger wahrscheinlich. Die Mitteilung in der nationalsozialistischen Versammlung vom Freitag, daß der Führer Drexler in seinem Betriebe mit Eisenstangen schwer verletzt worden sei und zu Hause liege, wird von der „Münchener Post" als böswillige Erfindung bezeichnet. Der Lumpenhändler Kupfer, der nach einer weiteren Mitteilung in der Versammlung einem Ausgeber 3 Millionen Mark für den Kopf Hitlers geboten haben sollte, ist bereits aus der Haft entlassen worden, da unzweifelhaft die Angaben des Ausgebers auf einem Rachefeld beruhen, da ihn Kupfer wegen Unterschlagung angezeigt hatte.

*

München, 29. April. (Eig. Drahtmeldung.) Auch in der vergangenen Nacht ist es wieder zu Zwischenfällen gekommen. In Schwabing fand eine Versammlung der kommunistischen Jugend statt. Nach Schluß der Versammlung wurde ein des Weges kommender Nationalsozialist gestellt und umringt. Der Nationalsozialist gab aus einem Revolver mehrere Schüsse in die Luft ab. In der vergangenen Nacht wurde ein von der „Roten Fahne" hergestelltes kommunistisches Flugblatt verteilt, welches auffordert, Rache zu üben für den Ueberfall in Neuhausen. In dem Flugblatt ist die Aufforderung enthalten, sogleich mehrere Hundertschaften zu entsenden. Amtlich wird mitgeteilt: Nach vorliegenden Meldungen wird an einzelnen Orten in den Betrieben ein starker Terror ausgeübt, um auch die arbeitswilligen Arbeiter am 1. Mai von der Arbeit abzuhalten und zur Teilnahme an den Maifeiern zu nötigen. Die Polizeibehörden sind vom Staatsministerium des Innern angewiesen worden, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um den Arbeitswilligen Schutz zu gewähren und terroristische Maßnahmen zu verhindern.

Die Berliner Maifeiern.

Der 1. Mai wird diesmal in Berlin im Gegensatz zu den beiden letzten Jahren im Zeichen völliger Verkehrsruhe stehen. Die Straßenbahner haben nun endgültig beschlossen, nicht zu arbeiten, ebenso die Angestellten der Omnibusgesellschaft. Die Hochbahner, die zum Teil bereit gewesen wären, zu fahren, werden durch die Belegschaft des Hochbahnkraftwerkes daran gehindert werden, da die Maschinisten und Heizer jegliche Arbeit an diesem Tage abgelehnt haben. Im Gegensatz zu früheren Jahren findet eine Teilung der kommunistischen und sozialdemokratischen Demonstranten nicht statt.

Die Maifeier im besetzten Gebiet.

Köln, 30. April. (Eig. Drahtmeldung.) Die Franzosen sollen die Abhaltung von Maifeiern im ganzen besetzten Gebiet verboten haben. In Witten hat der französische Stadtkommandant den Führern der Gewerkschaften bei einer mündlichen Aussprache die Abhaltung von Maifeiern untersagt. Der „Petit Parisien" teilt mit, daß die Rheinlandkommission auf Grund des Post- und Eisenbahnerstreiks jede Kundgebung anläßlich des 1. Mai für die besetzte Provinz Hessen verboten habe. Ein ähnliches Verbot wird für Nassau in Aussicht gestellt.

Neuer Streik in Belgien. Die Telegraphenarbeiter haben in Verviers, Lüttich und anderen Städten die Arbeit niedergelegt. Die Bewegung gewinnt an Ausdehnung. Man glaubt, daß dem Streik mehr politische als wirtschaftliche Motive zugrunde liegen. Die Regierung will erst nach Wiederaufnahme der Arbeit mit den Streikführern in Besprechungen eintreten.

Neues vom Tage

Stapellauf der „Deutschland".

Sonnabend nachmittag traf Reichspräsident Ebert, begleitet vom Verkehrsminister Groener und dem Ministerialdirektor Dr. Meißner in Hamburg ein, wo Bürgermeister Dr. Diestel als Vertreter des Hamburger Senats, die Herren Warnholz und Haller vom Direktorium der Hapag und Korvettenkapitän Geyer von der Marineabteilung Hamburg die Gäste in Empfang nahmen. Anschließend fand in den Räumen der Hapag ein Frühstück statt. Von dort aus begaben sich die Gäste der Hapag zum Stapellauf des Panzerschiffs „Deutschland", eines Schwesterschiffes des „Albert Ballin", auf die Werft von Blohm & Voß. Die Taufrede hielt Reichspräsident Ebert. Dem Stapellauf schloß sich eine längere Hafenrundfahrt auf dem Dampfer „Willkommen" an, die den Teilnehmern der Sonderfahrt einen Einblick in die Entwicklungs- und Anpassungsfähigkeiten des Hamburger Hafens gab. Hierauf fand auf dem Dampfer „Holstein" ein offizielles Festessen statt, an dem auch Mitglieder des Hamburger Senats teilnahmen. Der Reichspräsident kehrte abends nach Berlin zurück.

Eine Spitzbubenkolonne von Wedding verhaftet. Im Norden Berlins, am Wedding, in der Aderstraße usw. wurden in der letzten Zeit Nacht für Nacht Weichenstellenbedel der Straßenbahn gestohlen. Diese Deckel, die je etwa zwei Zentner wiegen, fand man dann auf dem Hofe einer Verfrachtungsgesellschaft, verschlagen. Kriminalbeamte zusammen mit Straßenbahnangestellten lauerten auf einem Hofe in der Fennstraße einem Wagen, auf dem sagen vier Weichenstellerdeckel mit allen Kleidungsstücken angedeckt. In einem der Kleidungsstücke entdeckte man eine Gasrechnung, die auf den Namen einer Frau aus der Oderberger Straße lautete. Diese Frau zog im Gefängnis, aber ihr Gefährter, ein Arbeiter Krüger, hatte sich in ihrer Behausung niedergelassen. Dieser wurde zur Rede gestellt, leugnete aber, mit den Diebstählen etwas zu tun zu haben. Als man ihm die gefundene Gasrechnung vorhielt, bequemte er sich zu einem Geständnis und nannte auch seine Helfer.

Erpressung an einer Dreizehnjährigen. Das Schöffengericht Berlin-Mitte hatte sich mit einem außergewöhnlichen Fall des Diebstahls und der fortgesetzten Erpressung zu beschäftigen. Angeklagt war das Dienstmädchen Erna Behrendt, die bestimmt war, die 13 jähr. Tochter Nora ihres Dienstherrn zu umfangreichen Diebstählen durch Drohungen anzustiften zu haben. Der Fall hat in der Oeffentlichkeit seinerzeit großes Aufsehen erregt. Erna Behrendt war am 10. Sept. v. J. aus Sonnenburg nach Berlin gekommen und hatte bei dem Bäckermeister T. Stellung gefunden. Obwohl sie nur bis zum 15. Okt. in diesem Dienst war, hat sie es verstanden, das 13 jähr. Kind dazu zu verleiten, ihren Eltern Geld im Werte von über 2 Mill. M. zu entwenden. Die 20 jähr. Angeklagte wurde vom Gericht wegen gemeinschaftlichen Diebstahls und fortgesetzter Erpressung zu 18 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten Untersuchungshaft sowie zu fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

Ein Nachspiel zum Zwaan-Prozeß. Für den wegen Mädchenhandels zu Zuchthaus verurteilten Holländer Wilhelm Zwaan dürfte sich noch ein böses Nachspiel in seinem Heimatland ergeben. Die holländischen Behörden beabsichtigen, auf Grund der in dem Prozeß zur Sprache gekommenen Vorgänge in Holland, die Auslieferung Zwaans nach Verbüßung seiner Strafe zu beantragen, um gegen Zwaan ein Verfahren wegen Kuppelei und Zuhälterei anhängig zu machen.

Das Urteil im Prozeß Müllner. Die Geschworenen verneinten die Frage nach überlegtem Mord und sprachen den Angeklagten schuldig des Totschlags an der Mutter und des versuchten Totschlages an der Schwester unter Versagung mildernder Umstände. Von der Anklage der Brandstiftung wurde Müllner freigesprochen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu lebenslänglichem Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebensdauer. — Vor dem Urteilsspruch hatte der Angeklagte erklärt, daß er nochmals verlange, auf sechs Wochen zur Untersuchung nach Buch gebracht zu werden; diesen Antrag lehnte das Gericht ab.

Aus der Heimat

Der „Geschäftsreisende" als kommunistischer Wanderredner.

Duerfurt, 29. April. Zu Tumulten vor dem Rathaus kam es anläßlich einer von der KPD. einberufenen „Internationalen Kundgebung", bei der ein Luxemburger in französischer Sprache seine Rede vom Stapel ließ. Als nächster Redner trat ein Russe auf, der im gebrochenen Deutsch zur Vereinigung des internationalen Proletariats und zum Kampfe gegen Kapitalismus und deutschende Staatsform aufforderte. Die hiesige Schutzpolizei nahm auf Grund einer Verordnung des Reichspräsidenten vom 6. April 1923, die am 20. April in Kraft getreten ist, zunächst bei dem Luxemburger eine Paßkontrolle vor, die ergab, daß dieser sich die Einreiseerlaubnis nach Deutschland unter falschen Zweckangaben geholt hat. Die Verordnung des Reichspräsidenten besagt, daß Ausländer, die innerhalb des Deutschen Reiches ein anderes Betätigung vornehmen, als der Vermerk im Paß ausdrücklich bestimmt, mit Geldstrafe von 10 000 Mark bis 2 Millionen Mark oder mit Gefängnis bis zu einem Jahr zu belegen sind. Da der Paß des Luxemburgers den Vermerk „Zu Geschäftsreisen" enthielt, während der Festgenommene tatsächlich zum Zwecke kommunistischer Agitationsreden sich in Deutschland aufhielt — wie Bekanntmachungen im „Klassenkampf" bewiesen, aus denen hervorgeht, daß der Ausländer nacheinander in Naumburg, Querfurt, Eisleben usw. sprechen sollte, mußte die Festnahme erfolgen. Der Leiter der Veranstaltung machte die Anwesenden an die Verhaftung aufmerksam und verherrlichte in einem Demonstrationszuge zum Rathause auf. Daraufhin bildete sich unter Tumult ein Zug der unter Führung der Internationale vor das Rathaus zog, wo verschiedene Redner die Herausgabe des vorläufig festgenommenen forderten. Die Schutzpolizei sperrte die Eingänge zum Rathaus ab und entfernte, nachdem die Herausgabe des Agitators verweigert wurde, die Menge. Der französische Sprecher hatte einen Paß, lautend auf Harry Flammon, Geschäftsreisender aus Luxemburg, den er der Polizei auch zur Kontrolle vorlegte. Damit er aber die alle Eventualitäten gerüstet sei, besaß er außerdem einen Paß auf den Namen Wieslaff Demerle Kolowski (Russland). Die kommunistische Zentrale Berlin bezeichnet ihn in einem Schreiben als Mitglied Vereins der Arbeiter und Angestellten des Vereins christlicher Männer (!) lag in englischer Kuvertierung mit gepreßten Blankoformularen, lautend auf die kommunistische Zentrale Berlin, in der Brieftasche. Eine Gepäckmarke wies auf christlichen Vereinigung bewies, daß der Herr auch wie alle Menschen auf seinen Vorteil bedacht war. Eine große Menge von Postkarten an Adressen nach Berlin, Paris und Rußland harren noch der Verbeschäftigung. An der Internationalität dieses Jünglings ist also weniger zu zweifeln, als an dem Verband mancher Zeitle.

Aufklärung über den Doppelmord.

Von den Spießgesellen erschossen.

Aken, 29. April. Der unlängst gemeldete Mord an den beiden Bootsleuten scheint seiner Aufklärung entgegenzugehen. Die Polizei hat vier in Aken ansässige Personen als verdächtige Leute verhaftet. Die Kriminalpolizei machte dabei die überraschende Feststellung, daß aller Wahrscheinlichkeit nach einer der Gefolgen ein Komplize der Mörder ist. Er hat sich an dem Ueberfall auf den Elbkahn mit beteiligt und ist in die Kajüte eingedrungen, wo er mit dem Bootsmann des Schiffes in einen wilden Kampf geriet. Dabei erlitt er durch Hiebe mit einer Eisenstange so schwere Verletzungen, daß er nicht mehr transportfähig war. Seine Kumpane, die den Bootsmann schließlich durch einen Revolverschuß getötet hatten, nahmen nun auf den schwerverletzten Genossen, auch ihren Komplizen, damit er sie nicht verraten könne, zu erschießen. Sie jagten ihm eine Kugel in den Kopf und verließen dann mit ihrer geringen Beute den Kahn.

Mansfeld. (Hohe Zuschläge.) In der Stadtverordnetenversammlung wurden gegen eine Stimme folgende Steuerzuschläge beschlossen: 135 000 Proz. Grundsteuer, 6600 Proz. Gebäudesteuer, 10 000 Proz. Gewerbesteuer 1. und 2. Kl., 4000 Proz. Gewerbesteuer 3. und 4. Kl., 8000 Proz. Betriebssteuer.

Eschwege, (Lungenpest.) Unter dem Wildschweinbestande in dem benachbarten Forstrevier des Harzes wütet seit einiger Zeit eine außerordentlich gefährliche Seuche, der zahlreiche Wildschweine zum Opfer fallen. Gewisse Anzeichen deuten darauf hin, daß es sich um Lungenpest handelt.

Stendal. (Einbruch in ein Kaufhaus.) In Knesebeck in der Altmark brachen Diebe in das Kaufhaus Knoop ein und nahmen für 10 Millionen Mark Waren.

Die nächste Nummer der Saale-Zeitung erscheint Dienstag, den 1. Mai, als Morgenblatt.

Der Elefant mit dem Hühnerauge.

12 Eimer Abendschoppen. — Wie ein Kamel 100 000 Mark am Tage verdient. — Zoos Erwachen. — Die Sommertoilette der Vierbeiner. — Verzicht auf das Mieteinigungsamt. — Der Huppelhase in guter Hoffnung. — Ein neues Aquarium und Terrarium.

Er — der Elefant mit dem hühneräugigen Auswuchs — beschäftigte meine Gedanken und regte sie zum Auskosten der grotesken Gegensätze in den verschiedensten Spielarten derart an, daß ich des Abends noch ganz versunken dem Straßenbahnschaffner auf seine kategorische Frage: „Wie weit?" die Antwort erteilte: „Der Elefant mit dem Hühneraugen." Der Mann sah mich verständnisinnig schmunzelnd an, denn ich sprang in der Leipziger Straße auf seinen Wagen, in jener Gegend, die mit vielem ausgiebig belegt ist, die daher derartige Antworten als wenig aus dem Rahmen fallend erscheinen läßt. Aber diesmal hatte der Mann unrecht, hatte ganz und gar unrecht mit seiner hinterlistigen Vermutung. Ich hatte am Nachmittag dem Zoo meinen diesjährigen Antrittsbesuch abgestattet, und die dort wahrgenommenen Merkwürdigkeiten regten meine Phantasie an, spannten einen bunten Bogen vom Reisberg zum Himalaja, von wenig beachteter Tragkt im Leben der Gebirgs-, Urwald- oder Steppengeschöpfe zu baucharimmerverursachendem Humor im Stile Morgensterns.

Da ist zum Beispiel der Elefant, der sein Bett fraß und dafür ein Hühnerauge bekam. Man wollte Bupari das harte Lager erweichen und legte ihm auf den Steinboden seiner Kemenate Stroh oder Heu oder Waldstreu mit Fichtennadeln. Bupari aber verstand die gute Absicht falsch und fraß jedesmal die Unterlage bis zum letzten Reis, so daß er des Morgens mit aufgeblähtem Leib dastand von einem Umfang, als wollte er noch zwei Buparis von sich geben. Nun mußte er auf dem harten Boden schlafen und zog sich so ein Lagergeschwür an der Mündung der linken Vorderfüße in den Riesenleib zu, einen Schönheitsfehler, den der Tiergärtner mit „Hühneraugen" bezeichnete. Diese Verzüllungsmut entwickelte der rundlicher gewordene Bupari, trotzdem seine Gänge reichlich bemessen sind. Denn er verzehrt sich täglich 125 bis 140 Pfund Futter ein, etwa 100 Pfund Heu oder Stroh, das andere in Kleie und sonstigen schmackhaften Gerichten. Und sein Abendtrunk besteht aus 12 Eimern Wasser. Es ist possierlich anzusehen, wie er in den Eimer seinen Rüssel taucht, ihn vollschlürft und dann das Getränk in den riesigen Schlund bläst. Es ist nur gut, daß er zum abendlichen Amtrunk nur Wasser genießt, die Wirkung der gleichen Menge Gerstensaft wäre nicht auszudenken. Den Tag über geht Bupari mäßiger; da begnügt er sich beim Dröslichen mit 5 Eimern Flüssigkeit.

Diese Intimitäten aus dem Leben eines wahrhaft „großen" Tieres erfährt man nur, wenn man mit einem Tiergärtner durch die Ställe geht. Von allen Abarten der Gattung „Gärtner", dem Blumen-, Kohl-, Kinder- und Tiergärtner, flößte mir der letztere die meiste Sympathie ein, und zwar darum, weil er anläßlich einer ihm in einer Festrede hingeworfenen Vermutung, daß er an Tieren wohl größere Freude erlebe als an Menschen, verständnisinnig ein Haupt bewegte. Freilich hat er allen Grund dazu. Denn wer verdient ihm in 15 Tagen anderthalb Millionen? Ein Tier tut es! Und noch dazu das ob seiner angeblichen Dummheit zum Sprichwort mißbrauchte Kamel. Eine neue und sehr zeitgemäße Sehenswürdigkeit bietet unser Zoo; eine Sehenswürdigkeit, die das Besondere vor anderen voraus hat, daß sie nicht zu sehen ist; wenigstens jetzt nicht. Die Kamelstute ist Filmschauspielerin geworden! Hagenbeck hat sie geholt und vor den Kurbelkisten geführt, und für jeden Tag der Filmreise werden ihr 100 000 Mark bezahlt! Das sind Carusso-Honorare, die nicht jedes Kamel verdient. Wenn ihr vierzehntägiges Engagement verflossen ist, kehrt sie mit anderthalb Millionen auf dem Höcker heim. Sie sollte an ihr Gehege ein Schild bekommen: „Aha, das Millionen-Kamel!"

So bieten sich dem, der unseren wiederentwachsen Tiergarten auf dem Reisberg mit den Blütenbüschen, dem spreßenden Grün, dem Staudengarten am Alpinumweg, den traulichen Eichen und Laubgängen besucht, mannigfache Merkwürdigkeiten: alle Beklamte stehen in den Gehegen, buntfarbiges Federvolk bevölkert die Rasenflächen. Veränderungen schaffen neuen Reiz. Die Papageien sind aus dem engen Häuschen genommen und schreien nun am Wege ihr „Komm mal her" oder ihr verwunderliches Lachen dem Besucher entgegen. Die kostbarsten Farben, wie sie keines Malers Pinsel erschaffen kann, leuchten dem Auge. Der Zoo im Frühling! Ein Bild, das dem Naturkundigen Stoff zur Erkenntnisbereicherung, dem Naturfreudigen Wissenserweiterung und Anschauung in Fülle bietet. Eine Wunderwelt von absonderlichem Leben schließen die Gehege des Gartens ein. Jedes Geschöpf trägt sein besonderes Schicksal und bietet Ausblick in die Weiten der blühenden, immer von neuem sich verjüngenden Erde.

Das Wild bekleidet sich mit neuem Gewand. Das Haar des amerikanischen Bisons fällt in großen Fladen aus, so daß das kahle Fell sich der Frühlingssonne bietet und auf das leichtere Sommerkleid wartet, das hier und da schon nachwächst. Noch ist ein Hinterfuß bis von dem Schuß, der bei den Kämpfen um Halle den Bison traf. Der schwarze Fell-Bulle umtreibt seine beiden Kühe; durch Tausch war es möglich, wieder eine richtige Herde zusammenzustellen. Kauf ist bei den heutigen Preisen ausgeschlossen. So kostet zum Beispiel die Himalaja-Ziege 35 bis 40 englische Pfund. Der Pariser Rothirsch hat seine Stangen abgeworfen, seit Kurzeitag sproßt das neue Gehörn aus dem schmalen Schädel. Guter Hoffnung ist das Guanaco, die Wildform des Lamas. Es steht in dem üblen Ruf, bei Gereiztheit zu spucken, aus welchem Grunde in manchen Gärten Schilder das Gehege zieren: „Es beißt und spuckt, die Direktion." Besonderer Zuchtmaßnahmen bedürfen die zierlichen Zwergziegen, die viel Futter mit wenig Kraft erhalten und in einem Stall von nur 1 Quadratmeter Ausdehnung überwintern müssen, sollen sie ihren Zwergwuchs behalten. Im warmen Nachmittagsschein ergeht sich Jumbo, das Nilpferd, das vor drei Jahren gelauft wurde und neuerdings eine „falsche Kindertrauthheit" überfand. Jetzt wird Jumbo, der 3¾jährige junge Mann, alle Tage frecher. Wenn er sein unförmiges Maulwerk öffnet, dann zeigen sich die unteren Zähne schon in Fingergröße, die oberen folgen erst nach. Die Zahnung dauert hier Jahre. Das Nilpferd zeigt plumpe, schwerfällige Bewegungen, doch soll es jedem Wettlauf mit Menschen, denen es nicht nachmuß, aufnehmen, wie es kürzlich einem Hilfsmärter bewies. Wer das nicht glaubt, kann den Versuch anstellen. Gegenüber dem Staudengarten, der in Gelb und Weiß und Lila prangt, und der jeden Monat andere Bewachung und andere Farben zeigt, harrt das Bienenhaus der drei Bienenlehrkurse, die dieses Jahr veranstaltet werden sollen. Das Murmeltier ist auch wieder in sein Gehäuse eingesetzt, im Winter mußte es entfernt werden, weil bei seinem tiefen Schlaf die Gefahr bestand, daß es von Ratten gefressen wurde. Von den „Huppelhasen", dem Kängurub-Bärchen, springt nur einer umher, die bessere Hälfte steht im Verdacht, „etwas im Beutel zu haben". Wenn sich die Vermutung bestätigte, wäre das ein großes Glück für unseren Garten, denn diese Tiere sind rar.

Tausenderlei Kurioses, Schmerzliches und Erfreuliches wäre noch zu berichten, von dem „Gesang" der Haubenhäherlinge, den Fasanen, dem Sumatrahuhn, dem Marabu, den drei Uhu-Haaren (von denen die Sage geht, daß sie am Tage nicht sehen können, während sie in Wirklichkeit auch da ihr Angestellt besitzen und ihr der Nacht nach Gehör fliegen), von dem Virginischen Schneeputer, der seines Gewichtes wegen bei der Ausübung seiner Ehepflichten den Hennen gefährlich wird, vieles andere wird der eifrige Beobachter des Zoo noch ergründen. Eines aber sei noch vermerkt: die Leitung ist mit der Einrichtung eines Aquariums und Terrariums beschäftigt, dessen Eröffnung voraussichtlich schon am 1. Juni erfolgen kann. Direkt an den Wirtschaftshof des Zoo anschließend, liegt auf einem Nachbargrundstück ein unbenutztes, großes Gewächshaus, bestehend aus Warm- und Kalthaus. Eine direkte Verbindung zu diesen Gebäuden vom Zoo aus ist leicht herzustellen. Im Kalthause sollen über Sommer einheimische Wasserbewohner, Fische, Amphibien, Insekten, Weichtiere und vieles anderes ausgestellt werden. Eine Schauteilung, die besonders auch für Schüler lehrreich ist. Im Warmhause wird eine Anzahl der ausländischen Zierfische Platz finden zusammen mit Terrarien, die Reptilien der Heimat und des Auslandes bergen sollen. In Halle bestehen drei Vereine, die die Pflege von Aquarien- und Terrarienkreisen sich angelegen sein lassen. Da mit bescheidenen Mitteln angefangen wird, ergeht an alle, die im Besitze von Behältern, Tieren usw. sind, die Bitte, den Zoo zu unterstützen und alles, was sie entbehren können, dem Zoo anzubieten oder zu schenken.

Eine weitere starke Anziehung wird unser Tiergarten mit dieser Einrichtung erhalten. Im abgelaufenen Jahr ist nach der Durchschnittsberechnung jeder Hallenser einmal im Zoo gewesen. Neue Freunde werden sich zu den alten gesellen. Und das kann er brauchen, unser Tier- und Pflanzenpark auf dem Reisberg.

L. r.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230430012/fragment/page=0002